

Foto: Hans Osterauer



*„Offenheit ist die Basis der Vielfalt.“*

*(Walter J. Mayr)*

**Hohe Generalversammlung,  
sehr geehrte Mitglieder,  
sehr geehrte Damen und Herren!**

**Der GEWINNER ist EUROPA!**

So sehe ich den Ausgang der diesjährigen Wahlen zum Europäischen Parlament. Die Beteiligung übertraf alle Prognosen. Die Rechtspopulisten blieben unter den Erwartungen. Sie haben nicht viel dazu gewonnen. Christ- und Sozialdemokraten haben Wähler an Liberale und die Grünen verloren. In Deutschland haben sich die Grünen besonders mit dem Klima-Thema profiliert.

Für mich ergibt sich folgendes Bild:

Die Aussagen der Rechtspopulisten, die EU zerstören zu wollen, brachte die Menschen zu den Wahlurnen, um dies zu verhindern. Die Christ- und Sozialdemokraten vertreten eine Vielfalt von Interessen. Es ist deshalb ungleich schwieriger, einen Themenschwerpunkt zu bilden.

Mit dem Wort „Grün“ verbindet man bei dieser Partei“ eine Nähe zur Umwelt und zum Klima. Zudem engagieren sich die Grünen seit Jahren für diese Themen und sprechen damit besonders die unter 30-Jährigen an.

Freitägliche Schülerdemonstrationen „Fridays fo Future“, ausgelöst von der Schwedin Greta Thunberg, finden mittlerweile in fast ganz Europa statt. „Warum sollen wir für eine Zukunft lernen, die bald nicht mehr existieren wird, wenn niemand etwas tut, um sie zu retten?“ Aussage von Thunberg, warum sie Schülerdemonstrationen organisiert.

In den europäischen Parlamenten und internationalen Konferenzen wird über die Klimaveränderung diskutiert. Zuletzt auch

in Wien beim „Austrian World Summit“ mit 35.000 Teilnehmern. Gemeinsam appellierten Past-Governor Arnold Schwarzenegger, Bundespräsident Alexander van der Bellen und Klimaaktivistin Greta Thunberg an die Teilnehmer, sich gegen die weitere Belastung der Umwelt zu wehren und für eine Verringerung einzusetzen. Die UNO und der Papst empfingen Greta Thunberg und bedankten sich für ihr großartiges Engagement.

Das Klima kennt keine nationalen Grenzen. Die merkbaren Veränderungen betreffen den gesamten Globus. Der amerikanische Präsident Trump bestreitet das allerdings. Die USA sind deshalb aus dem internationalen Klimavertrag ausgestiegen.

Umwelt- und Klimapolitik ist auch das EU-geförderte Projekt „Scan-Med-Corridor“. Eine transeuropäische Verkehrsachse, die von Skandinavien bis zum Mittelmeerraum führt. Das „Herzstück“ ist der BBT Brenner-Basistunnel. Mit dem Bau ist man im Plan. Die ersten Güter- und Personenfernverkehrszüge sollen 2029 den Tunnel befahren. Im Gegensatz dazu geht man derzeit für die nördliche Zulaufstrecke zum BBT von einem Fertigstellungsdatum im Jahr 2039 aus. Die DB Deutsche Bahn und die ÖBB Österreichische Bundesbahn laden regelmäßig Umweltverbände, die EUREGIO Inntal, Behörden- und Gemeindevertreter zu Gesprächsforen ein, um über die Entwicklungen im Trassenfindungsprozess zu informieren und zu diskutieren. Fünf Trassenplanungen sollen bis zum Herbst d. J. vorgestellt werden.

Das wirft die Frage auf, welche Möglichkeiten bieten sich schon jetzt an, den Güterfernverkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen? Die deutsche A 93 von Rosenheim bis zur Staatsgrenze Kiefersfelden/Kufstein und die weiterführende A 12 in Tirol sind stark belastet. An den verkehrsreichen Wochenenden und in den Urlaubszeiten kommt ein wesentlich höheres PKW-Aufkommen hinzu, das dann zu zähflüssigem Verkehr, bzw. längeren Staukolonnen führt. Das Inntal zwischen Kufstein und Innsbruck weist in Tirol die größte Bevölkerungsdichte und Konzentration der Wirtschaft auf. Um den heimischen Verkehr noch zu ermöglichen, wird nach einem „Dosierkalender“ die Zahl der nach Tirol einfahrenden LKW begrenzt.

200 Züge sind täglich auf der Eisenbahnstrecke zwischen Rosenheim und Wörgl unterwegs. Theoretisch könnte die Trasse noch 50 Containerzüge oder mit Auflegern beladene Waggons aufnehmen. Es wäre eine Win-win-Situation für die Entlastung der Straße und für die Speditionen, die einen Fahrermangel beklagen. Allerdings fehlen für die praktische Umsetzung die erforderlichen Verlade- und Entladebahnhöfe mit der entsprechenden Infrastruktur. Digitale Automatisierungssysteme erhöhen die Planbarkeit und erleichtern die Zusammenarbeit der Eisenbahnen und der Speditionen. Sie vermindern die Stehzeiten und verbessern die Transportgeschwindigkeit der grenzüberschreitenden Güterzüge. Multisystem-Lokomotiven für Wechsel- und Gleichstrom und Lokführer mit italienischer Streckenlizenz könnten die Fahrt über den Brennerpass ohne den jetzigen Zeitverlust für Lok- und Füh-

# BERICHT WALTER J. MAYR

rerwechsel ermöglichen.

Die Verteilung des Güterfernverkehrs über die anderen Alpenpässe muss weiterhin das Ziel sein. Die Erhöhung der LKW-Autobahn-maut in Italien und Bayern auf dem Zulauf zum Brenner wäre eine Steuerungsmöglichkeit. So wie auch eine Alpentransitbörse, gültig für alle Alpenpässe.

Der Alpentransit belastet uns alle. Es ist derzeit mehr ein Gegen-einander als ein Miteinander. Die einzelnen Meinungen, sei es der EU, von Deutschland, Österreich, Italien, Bayern und Tirol hier an-zuführen, würde den Rahmen sprengen.

Der deutsche Innenminister Seehofer und der bayerische Staats-minister Herrmann teilen leider unsere Sichtweise nicht, dass durch die starke Abnahme von hilfeschuchenden Menschen keine Kontrollen des Güter- und Personenverkehrs an der Staatsgrenze mehr erforderlich sind. Sie begründen die weitere Aussetzung der Schengen-Vereinbarung mit der Migrations- und sicherheitspoli-tischen Lage.

Verständlich ist es aber für mich nicht, wenn die EU die Rücknah-me der „Frontex-Mission Sophia“ im Mittelmeer beschließt und auch, die an der Mission beteiligten deutschen Schiffe, in die Hei-mathäfen zurückbeordert. Der Gedanke wäre schlimm, daran zu glauben, dass man bewusst Menschen in Not die Hilfe verweigert und den Tod durch Ertrinken in Kauf nimmt.

Im Gegensatz zu den nationalen Weigerungen im Mittelmeer geret-tete Flüchtlinge aufzunehmen bieten sich Städte wie Neapel, Pa-lermo, Barcelona, Berlin, Bonn oder Düsseldorf als sichere Häfen an und vernetzen sich untereinander.

Die Kooperation der deutschen und bayerischen Polizeieinheiten mit der österreichischen Bundespolizei innerhalb des 30 km Grenzgebietes ist umfassend, die Schleierfahndung hat sich be-währt, so die Aussage von Minister Horst Seehofer. Ein zusätzlicher Punkt, warum die fortgesetzten Kontrollen direkt an der Staats-grenze nicht zu verstehen sind. Als eine Alternative für die jetzige Zusammenarbeit der Polizeidienststellen bietet sich die Gründung einer manifesten Einheit an, die alle Polizeiaufgaben übernehmen könnte. An mehreren innereuropäischen Grenzen hat sich diese Form der gemeinsamen, grenzüberschreitenden Polizeiarbeit seit Jahren bereits bewährt.

Unsere EUREGIO, am 23. November 1998 im Passionsspielort Erl gegründet, feierte am 09.03.2019 im Kursaal von Bad Aibling 20 Jahre freundschaftliche, grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Das Orchester und die SolistInnen des Tiroler Landeskonservato-riums aus Bayern, Tirol und Südtirol unter dem Dirigat von Dorian Keilhack, begeisterten das Publikum mit ihren Darbietungen. Stand-ing Ovationen waren die Belohnung für diesen großartigen Abend. Herzlichen Dank dem Festredner, Bruckmühls Alt-Bürgermeister und EUREGIO Past-Präsident, Franz-Xaver Heinritzi, der in seiner

Rede launig durch die Lebensgeschichte der Euregio Inntal führte. Ein großer Dank gebührt auch dem Hausherrn, Bürgermeister Felix Schwaller, für seine Gastfreundschaft und den Sponsoren der Ver-anstaltung, dem Wirtschaftlichen Verband Rosenheim, der Spar-kasse Rosenheim - Bad Aibling und den beiden Kiwanis-Clubs von Bad Aibling und Kufstein.

Zahlreiche INTERREG Großprojekte und 10 INTERREG-Kleinpro-jekte wurden vom Begleitausschuss und dem RLA Regionalen Lenkungsausschuss genehmigt. Diese Projekte werden in der GV-Broschüre ausführlich behandelt, deshalb führe ich nur als Bei-spiel das nachfolgende Projekt an:

Die Fachhochschule Kufstein Tirol testet gemeinsam mit der DLR Deutsche Luft- und Raumfahrt, Oberpfaffenhofen, den grenzüber-schreitenden Drohneneinsatz zwischen der Gemeinde Kiefers-felden (Leadpartner) und dem Projektpartner Stadt Kufstein. Die-ses Mobilitätsprojekt ist nur ein kleines Fenster in die autonome Zukunft von PKW, LKW und Eisenbahn.

Am 31. Mai 1969 war in der Samstagsausgabe der Salzburger Nachrichten von Erich Link zu lesen: Das abgasfreie Stadttauto lässt auf sich warten: „Forschungsentwicklung an der Technischen Universität Berlin - Versuche mit elektro-hydraulischem Antrieb. Kraftwagen, die durch Elektromotoren angetrieben werden, sind wieder rege im Gespräch. Die zunehmende Luftverunreinigung durch Abgase infolge des ständig steigenden Stadt-Automobilver-kehrs hat die Diskussion um Auswege und Aushilfen oder ande-re Antriebsarten als den Benzin-, in der Fachsprache Ottomotor genannt, verstärkt.“ Auch Stadtomnibusse mit einem derartigen Antrieb sind im Gespräch gewesen.

Nicht zu glauben, dass man bereits vor 50 Jahren an einer Kombi-nation von einem Antrieb Elektro mit Hybrid gekoppelt gearbeitet hat und das nicht nur in Deutschland, sondern auch in England und den USA. Nachzuforschen, warum an diesem Projekt nicht weitergearbeitet wurde, erübrigt sich. Tatsache ist aber, dass viel Zeit verloren wurde und das Elektroauto kaum aus den Kinder-schuhen heraus ist.

Die Elektromobilität wird sehr stark zur Abkehr von fossilen Treibstoffen forciert. Zugleich entsteht daraus eine Abhängigkeit von seltenen Rohstoffen. Lithium, Kobalt und seltenen Erden. Sie gehören zu den Rohstoffen, ohne die E-Autos nicht in Betrieb ge-nommen werden können.

Wie abhängig man von Staaten, wie z. B. China ist, hat man kürz-lich erfahren. China hatte gedroht, die Ausfuhr von seltenen Erden stark zu vermindern, nachdem Präsident Trump Google verboten hatte, das Betriebssystem weiter an Huawei zu liefern. Unbere-chenbarkeit wird zum Markenzeichen von Trump, nachdem er die Welt je nach Laune mit Zöllen überzieht und wichtige Verträge, wie den Klima-, den INF- und den IRAN-Vertrag, aufgekündigt hat.

Ob Wasserstoff das Wundermittel für den wachsenden Bedarf an erneuerbarer Energie ist, vermag ich nicht zu beurteilen. Wasserstoff wird von der Forschung als Multitalent beschrieben. Energiespeicher, Prozessgas für die Industrie, Treibstoff für emissionsfreie Brennstoffzellen oder weiterveredelt, beispielsweise zu Ammoniak für die Düngemittelproduktion oder als Methanol als Basischemikalie und Treibstoff. Es ist eine große Chance die Abhängigkeit von unsicheren Staaten zu reduzieren.

Aus dem Leitbild der EUREGIO Inntal von 2010 zitiere ich auszugswise die interne Meinung der Mitglieder und von außenstehenden Experten: Das Leitbild ist die Definition des Selbstverständnisses und der Grundprinzipien einer Institution. Das Verfassen eines solchen Grundsatzes ist für die Institutionen selbst in zweierlei Hinsicht von Bedeutung. Es ist wichtig für die Mitglieder der Institution. Es soll Orientierung bieten und dadurch die gemeinsame Ausrichtung stärken. Das Leitbild schafft für Außenstehende Klarheit darüber, wofür eine Einrichtung steht.

Für die Definition des externen Leitbildes wurden 21 Experten zu Euregiones im Allgemeinen und die EUREGIO Inntal im Speziellen von der Geschäftsstelle befragt (Rücklaufquote 81 %). Die Interview-PartnerInnen stammten aus verschiedenen Einrichtungen (EU-Kommission, Ministerien, Ländern, Städten, Hochschulen, NGOs, etc.), was den hohen Anspruch an dieser Umfrage unterstreicht und ein facettenreiches Bild entstehen lässt.

Singgemäß heißt es weiter: Die Experten sehen die EUREGIO Inntal in der Funktion einer Brücke zwischen den Bürgern und der EU. Der ökonomische Nutzen der EUREGIO besteht darin, Zugang zu den EU-Fördermitteln zu sichern und Ressourcen zu binden. Zu den Fragen welche Herausforderungen auf die Euregiones generell zukommen werden, wurden der demographische Wandel, die daraus möglicherweise resultierenden sozialen Konflikte, der Klimawandel und in Bezug auf die Alpenregion, ein erhöhtes Verkehrsaufkommen, das regional thematisiert werden muss, genannt. Die Experten sehen auch einen steigenden bürokratischen und administrativen Aufwand, wodurch ein größerer Beratungsaufwand entstehen wird. Es wurde die Gründung eines Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit genannt, welches ein neues Rechtsinstrument ist und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Strukturfonds erleichtern soll und mit einer eigenen Rechtspersönlichkeit ausgestattet ist.

Überraschend für mich, wie vorausschauend die Experten bereits 2010 den Klimawandel, den demographischen Wandel und damit soziale Konflikte und das erhöhte Verkehrsaufkommen in der Alpenregion gesehen haben.

Unsere Grenzregion wurde durch den starkgewordenen, grenzüberschreitenden Verkehr zu einem „Hotspot“. Ich habe deshalb in der Vorstandssitzung am 04.06.2019 eine Meinungsbildung

über die Gründung eines EVTZ Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit „Mobilität - Natur - Tourismus“ angeregt. Unsere bisherigen Bemühungen in Form von Verkehrskonferenzen und Korrespondenzen mit den deutschen und österreichischen Innen- und VerkehrsministerInnen und den zuständigen EU-Kommissionsmitgliedern waren nicht erfolgreich. Ein Verein hat nicht die Wertigkeit, wie ein EVTZ, der auch Sitz und Stimme im AdR Ausschuss der Regionen hat. Als Mitglieder sollten geworben werden: Das Bundesland Bayern, vertreten durch den Regierungsbezirk Oberbayern, das Land Tirol, vertreten durch die Bezirke Kitzbühel und Kufstein, die Landkreise Rosenheim und Traunstein, die kreisfreie Stadt Rosenheim und die grenznahen Leader-Regionen. Die EUREGIO sollte die Brückenfunktion und die Leitung der Geschäftsstelle übernehmen, so mein Vorschlag.

Was mir schwer im Magen liegt, ist die Entsenderichtlinie der EU 96/71 EG vom 16.12.1996. Beschlossen vom Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat. Die Richtlinie regelt die Entsendung von Arbeitnehmern, auch nur für wenige Stunden, in ein anderes Mitgliedsland der EU. Fiktiv: Eine Firma aus Kufstein hat eine Kaffeemaschine für einen Gastronomiebetrieb nach Flintsbach verkauft. Mitten im Geschäftstrubel streikt die Kaffeemaschine. Also ruft man den Service an. Der bedauert, nicht sofort helfen zu können, da er für die grenzüberschreitende Arbeitsleistung eine Entsendegenehmigung braucht, die er am Wochenende nicht bekommen kann. Der Betrieb in Flintsbach hat verärgerte Gäste und einen Verdienstaustausch. Der Inhaber wird es sich zweimal überlegen, die nächste Kaffeemaschine wieder in Tirol zu kaufen.

Ein Änderungsentwurf für diese Richtlinie wurde am 27.10.2017 von Belgien, Deutschland, Luxemburg, Niederland und Österreich im EU-Parlament eingebracht. In Deutschland setzt das Arbeitnehmergesetz, die im Entwurf enthaltenen Regeln bereits um. Überfällig ist die Gesetzgebung in Österreich, um diese unverständliche Entsenderichtlinie positiv zu verändern. IHK Industrie und -Handelskammer, Wirtschaftskammer, Handwerkskammer, Arbeiterkammer und Gewerkschaften rufe ich dazu auf, sich zusammen zu setzen und eine Lösung ohne Hindernisse für den grenznahen Raum zu schaffen. Die jetzige Regelung bringt in der Zusammenarbeit nur Ärger und ist hinderlich am weiteren Zusammenwachsen der Regionen.

Der Trend zum Regionalen, starke Kommunen, Verbände und Länder sind für mich kein Widerspruch zu einem gemeinsamen EUROPA. Starke Regionen und eine auf übergeordnete Aufgaben konzentrierte Europäische Gemeinschaft können sich bestens ergänzen. Durch die Sprachenvielfalt, Dialekte und Kulturen wurde erst EUROPA zu einem reichen und wertvollen Kontinent.

In „Vielfalt geeint“, das Motto der EU gilt nicht nur für die gesamte EU, sondern besonders für ihre Regionen und Kommunen.